

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 wurden zusammen beraten.

SkB Dahm erklärte, die Beschluss-Vorlage der Verwaltung sei für seine Fraktion nicht zufriedenstellend, da sie die Ablehnung des Antrages vorsehe. Die SPD sei der Auffassung, dass hier dringend ein Geh- und Radweg benötigt werde. Beide Dörfer seien eng miteinander verbunden (sowohl bezogen auf Infrastruktur, als auch auf die Dorfgemeinschaft). Deshalb sei es auch schon ein langjähriges Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, hier eine sichere Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Gerade für ältere Menschen oder mit Kinderwagen sei die gesamte Strecke eine Gefahrenstelle. Eine erneute Verschiebung des Planungsbeginns sei für die Bürgerinnen und Bürger vollkommen unverständlich. Aus den gleichen Gründen haben die Fraktionen CDU/GRÜNE eine Anfrage zur Errichtung eines provisorischen Radweges gestellt. Danach habe er vor zwei Jahren auch schon einmal gefragt. In der Begründung werde u.a. ausgeführt, dass der Straßenbau aufgrund zu geringer Landesmittel weiter verschoben werde. Das könne er nicht nachvollziehen, da es sich hier um eine Kreisstraße handele.

Abg. Krauß führte aus, die Verwaltung stuft den Ausbau der K 36 nicht als oberste Priorität ein. Das sollte akzeptiert werden. Dennoch sei der Antrag der SPD-Fraktion sehr ernst genommen worden. Deshalb auch die Nachfrage seiner Fraktion und das Bemühen, vielleicht eine kostengünstige Zwischenlösung zu finden. Wenn dies nicht möglich sei, sollte zunächst geprüft werden, ob hier tatsächlich ein vordringlicher Bedarf bestehe. Er schlage deshalb vor, eine entsprechende Verkehrserhebung im Frühjahr 2017 durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, ergänzte, wenn in der Erhebung ein erhöhter Bedarf festgestellt würde und dementsprechend die Planung vorgezogen werden solle, bedeute das natürlich auch, dass eine andere Maßnahme zurückgestellt werden müsse.

Abg. Höhner äußerte, das Verkehrsproblem bestehe schon seit Jahren. Die Straße sei sehr unübersichtlich und für Radfahrer und Fußgänger, vor allem mit Kinderwagen, gefährlich. Von daher würde auch er sich über einen früheren Ausbau sehr freuen. Es nütze allerdings wenig, die Planungskosten für 2017 bereitzustellen, wenn anschließend die Mittel für die Umsetzung der Maßnahme, nicht zuletzt wegen der fehlenden Landesmittel, nicht vorhanden seien. Deshalb unterstütze er den Vorschlag des Abg. Krauß, zunächst eine Verkehrserhebung im Frühjahr 2017 durchzuführen.

SkB Schlömer wollte konkret wissen, für welche Maßnahmen es zu wenig Mittel vom Land gebe.

Herr Andres, Abt. Kreisstraßenbau, antwortete, der Kreis bekomme über das Land 60 % Bundeszuwendungen für den Straßenbau und 70 % für den Radwegebau, wenn die jeweilige Maßnahme förderfähig sei. Zurzeit seien aber alle Fördermittel ohne weitere Prüfung in das Jahr 2020 verschoben worden.

Auf Wunsch des Antragstellers stellte der Vorsitzende zunächst den SPD-Antrag und anschließend den Vorschlag des Abg. Krauß auf Durchführung einer Verkehrserhebung zur Abstimmung.